

Antrag

der Fraktion Die Linke

Leergefallene Shoppingcenter zu Sorgezentren umnutzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich für ein Modellprojekt zur Umnutzung von leerfallenden Shoppingcentern zu Sorgezentren einzusetzen. Dafür sollen Standorte, in denen Shoppingcenter ihre Funktion verlieren, planungsrechtlich gesichert und partizipativ entwickelt werden. Ziel ist es, durch öffentliche bzw. gemeinwohlorientierte Trägermodelle wohnortnahe Angebote des täglichen Bedarfs zu sichern und Flächen für Sorge- und Pflegearbeit zu schaffen.

Der Senat wird aufgefordert, ein Instrumentarium zu entwickeln, welches folgendes ermöglicht:

- Im Falle des 50%igen Leerstands eines Einkaufszentrums ist innerhalb von zwei Monaten zu prüfen, wie das Gebäude erhalten und gemeinsam mit den Bewohnenden des Kiezes entwickelt werden kann.
- Die langfristige Sicherung solcher Orte kann durch gemeinwohlorientierte Eigentumsverhältnisse erfolgen kann. Dabei soll die Möglichkeit einer Vergesellschaftung ebenso berücksichtigt werden wie eine demokratische Verwaltung etwa durch Genossenschaften oder landeseigene Betriebe.

Dabei soll anhand eines exemplarischen kommunalen Umbauprojekts eine Blaupause für alle weiteren Vorhaben geschaffen werden, die langfristig über einen Zeitraum von drei Jahren angelegt und wissenschaftlich begleitet wird.

Begründung

Shoppingcenter stellen wichtige lokale Versorgungsstrukturen und Ankerpunkte für die Kieze und Nachbarschaften dar. Die Umgestaltung von Shoppingcentern zu Sorgezentren bietet eine Lösung, um den Strukturwandel im Einzelhandel aufzufangen und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Kosten von Leerstand, Abriss und Neubau zu vermeiden sowie Raum für das Wesentliche zu schaffen.

Um langfristig die soziale Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, streben wir eine Stadt der Solidarität an, die sich vom Kommerz abwendet. Nur durch eine gemeinwohlorientierte Transformation in den Nachbarschaften kann sichergestellt werden, dass lebendige Kieze das Gesicht unserer Stadt bleiben. Flächengerechtigkeit und ein Recht auf Stadt bedeuten, dass wertvolle Räume für die Menschen zurückgewonnen und als Grundausstattung verstanden werden.

Der Senat kann von den municipalistischen Bewegungen in lateinamerikanischen und spanischen Städten wie Barcelona, Santiago de Chile, Rosario oder Bogotá lernen, wo bereits damit begonnen wurde, Sorgearbeit in Regierungsverantwortung zu vergesellschaften. Außerdem sollten die Forderungen nach anderen Formen der Gesundheitsversorgung und Daseinsvorsorge sowie nach der Vergesellschaftung von Sorgearbeit der lokalen stadtpolitischen Initiativen in Berlin - u.a. des Gesundheitskollektiv Berlin e.V., des Kollektivs für Solidarische Gesundheit e.V. und der Initiative Sorge ins ParkCenter - und die vorgelegten Konzepte für Gesundheits- und Sorgezentren aufgegriffen werden.

Sorgearbeit wie die Pflege von Kindern oder erwachsenen Angehörigen, Hausarbeit, Ehrenamt oder auch Nachbarschaftshilfe bleibt gesellschaftlich oft unsichtbar und erfährt mangelnde Wertschätzung. Historisch gewachsen und bis heute wird sie zum Großteil von Frauen, queeren und zunehmend migrantisierten Personen geleistet. So attestiert der (leider) binär angelegte Gender Care Gap, dass Frauen täglich durchschnittlich 44,3 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit als Männer verwenden. Umgerechnet sind das 79 Minuten Unterschied pro Tag. So verbringen Männer pro Woche knapp 21 Stunden und Frauen knapp 30 Stunden mit unbezahlter Sorgearbeit.

Dabei nimmt die Relevanz von Sorgearbeit stetig zu. Einerseits lagern immer mehr Menschen, die es sich leisten können, Sorgearbeit aus und nutzen die Dienste von Plattformunternehmen wie Uber, Lieferando, Mayd usw., die unter oftmals prekären Arbeitsbedingungen die Sorgelücken stopfen müssen. Andererseits wächst durch den demografischen Wandel u.a. die Zahl der pflegebedürftigen Personen, wovon zwei Drittel zu Hause betreut werden. Mehr als 70 Prozent der Pflegenden sind Frauen. Als Reproduktionsarbeit, die das System am Laufen hält, findet auch sie meist im Hintergrund unter prekären Arbeitsbedingungen, schlechter Bezahlung oder ganz unbezahlt statt.

Der Berliner Senat sollte dies ändern und der geleisteten Sorgearbeit die Wertschätzung geben, die ihr gebührt: in finanzieller, gesellschaftlicher und räumlicher Art. Menschen mit besonderer häuslicher Sorgeverantwortung sollen entlastet werden, indem ihnen ein Zugang zu städtischen Sorgeinfrastrukturen und sozialen Diensten ermöglicht wird.

Mit der Umgestaltung des Shoppingcenters „ParkCenter“ in Berlin-Treptow zu einem Sorgezentrum soll ein Musterbeispiel geschaffen werden. Dies ermöglicht es Berlin, nicht nur einen progressiven Umgang mit leerstehenden Shoppingcentern zu demonstrieren, sondern auch eine deutschlandweite Vorreiterinnenrolle in der Etablierung einer feministischen Stadtentwicklungspolitik einzunehmen und Berlin sukzessive zur Sorgenden Stadt zu machen. Darüber hinaus trägt dieses Projekt zur Förderung der ökologischen und sozialen

Transformation bei, die darauf abzielt, die Wege innerhalb der Stadt zu verkürzen, die Gemeinschaft zu stärken und das Klima zu schützen.

Das Sorgenzentrum soll sich an den lokalen Anforderungen orientieren und verschiedene Angebote bündeln, die für ein ökologisch und sozial nachhaltiges Leben in der Stadt notwendig sind. Denkbare Nutzungen sind:

- Gemeinschaftsküchen, Gärten, Abholstationen für regionale solidarische Landwirtschaft;
- Kinderbetreuung, Tagespflegeeinrichtungen;
- Repairstandorte, Gemeinwirtschaftliche Produktion Handwerk, Werkzeugverleih, FabLabs, Ausbildungsbetriebe;
- Büchereien, Lese- und Arbeitsplätze, Bildungsangebote;
- Beratung- und Vernetzungsangebote bspw. zu Sozialem, Wohnen, Miete, Gesundheit, Diskriminierung oder sexualisierter Gewalt;
- gemeinschaftlich organisierte Orte ohne Konsumzwang für bspw. Gruppenaktivitäten, Sport, Feste feiern.

Berlin, 28. Oktober 2024

Helm Schulze Gennburg Dr. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke